

## A1 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Gremium: Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Berlin (Landesvorstand)

Beschlussdatum: 29.01.2021

### Antragstext

#### 1 3 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

2 Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und klar  
3 ist, niemand  
4 darf dabei zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, Kinder, ältere  
5 Menschen, prekär  
6 Beschäftigte, Arbeitssuchende und Menschen mit Behinderung sind von Armut,  
7 Verdrängung und  
8 Ausgrenzung bedroht. Familien und Freischaffende suchen vergebens nach  
9 bezahlbaren Wohn- und  
10 Gewerberäumen. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle teilhaben und ihren Platz  
11 finden.  
12 Auch in der kommenden Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität.  
13 Wohnen ist keine Ware – 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert  
14 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben  
15 geschneit,  
16 auch weil hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist.  
17 Wohnen ist  
18 keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt, auf dem in 30 Jahren 50  
19 Prozent des  
20 Wohnraums gemeinwohlorientiert sind. Dafür werden wir ein breites Bündnis  
21 schließen – von  
22 den landeseigenen Wohnungsgesellschaften über Genossenschaften und Hausprojekte  
23 bis zu  
24 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das  
25 Gemeinwohl  
26 verpflichten. Die Bau-, Miet- und Wohnpolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf  
27 die Füße  
28 gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir  
29 Verantwortung tragen. Wir haben sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das  
30 Vorkaufsrecht  
31 genutzt und mit dem Mietendeckel haben wir den Mut bewiesen, Menschen auch dann  
32 zu schützen,  
33 wenn der Wind uns frontal ins Gesicht bläst. Diesen Weg wollen wir weitergehen:  
34 Wir bauen  
35 das neue Berlin gemeinwohlorientiert und nachhaltig. Wir erwerben uns die Stadt  
36 Stück für  
37 Stück zurück, um Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner  
38 Mietmarktes zu  
39 machen, und regulieren gleichzeitig die Mieten weiter. Für uns ist klar: Der  
40 Mietendeckel  
41 darf 2025 nicht ersatzlos enden.

42 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören  
43 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte  
44 geschafft. Das  
45 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler\*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes  
46 kostenloses  
47 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder  
48 aus  
49 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können.  
50 Wir haben  
51 den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für  
52 Künstler\*innen und  
53 Freischaffende eingezogen, wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen  
54 Aufträgen  
55 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt\*innen angehoben, die kleinere  
56 Einkommen haben.  
57 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben  
58 dafür gesorgt,  
59 dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft  
60 verlässlich  
61 übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit  
62 begonnen, das  
63 Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen  
64 zustehen, auch  
65 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle  
66 Vorreiter. Der Weg  
67 zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist  
68 aber noch  
69 weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf  
70 Bundesebene  
71 endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht  
72 passiert  
73 ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu  
74 wollen wir  
75 mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen  
76 Bezirken in  
77 alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen  
78 Umfeld  
79 Unterstützung leisten.

80 Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge

81 Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems  
82 aufgezeigt: Statt in  
83 gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über  
84 Jahrzehnte  
85 kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören  
86 gute  
87 Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung  
88 dienen.  
89 Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir  
90 wollen diesen  
91 Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen

92 und für mehr  
93 Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte  
94 Versorgungsangebote  
95 zu entwickeln. Wir haben massiv Geld in die landeseigenen Krankenhäuser  
96 investiert. Wir  
97 wollen allen Berliner\*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns  
98 nachhaltig  
99 auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein –  
100 insbesondere auch bei  
101 den niedergelassenen Fachärzt\*innen. Neben einer besseren Verteilung wollen wir  
102 eine besser  
103 vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen  
104 wir das  
105 Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.

106 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik  
107 gemacht, sondern  
108 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden  
109 und die  
110 Lebensqualität der Berliner\*innen, sei es bei der Verkehrswende, im  
111 Bildungsbereich, in der  
112 Sozialpolitik oder in der Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche  
113 Chancengleichheit  
114 unser Ziel. Wir wollen erreichen, dass alle Berliner\*innen, unabhängig vom  
115 Geldbeutel, die  
116 gleichen gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für  
117 uns  
118 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und  
119 Selbstbestimmung.

120 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der  
121 ambulanten Pflege,  
122 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass  
123 Pflegekräfte zu  
124 schlechten Bedingungen mit viel zu vielen Patient\*innen ihren Dienst tun. Darum  
125 haben wir  
126 gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren intensiv  
127 an  
128 Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids  
129 „Gesunde  
130 Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen  
131 Personalschlüsseln die  
132 Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege-  
133 und  
134 Wohnformen im Alter fördern, um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes  
135 Leben zu  
136 ermöglichen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf  
137 Bundesebene  
138 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

139 Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der  
140 Pflegeversicherung sowie der  
141 grünen Bürger\*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität

142 in der  
143 Versorgung herzustellen.

144 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegulungen für Beamt\*innen  
145 verändert, so  
146 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen  
147 wir  
148 bundesweit umsetzen.

149 Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

150 Ältere Menschen sind noch lange fit und wollen aktiver Teil der Gesellschaft  
151 bleiben. Am  
152 besten ermöglichen wir das, indem wir Hürden im Alltag abbauen. Auch für  
153 Menschen mit  
154 Behinderung oder Familien mit kleinen Kindern ist es wichtig, dass die Stadt  
155 barrierefrei  
156 ist. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden. Deswegen  
157 machen wir  
158 uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere Ampelschaltungen, eine  
159 barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von Veranstaltungen  
160 in  
161 Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung,  
162 gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance  
163 bekommen, Teil des  
164 ersten Arbeitsmarktes zu werden.

165 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege  
166 für Menschen  
167 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut,  
168 sorgen dafür,  
169 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab.  
170 Berlin  
171 gelingt nur gemeinsam. Zusammen mit den Initiativen und Verbänden unterstützen  
172 wir daher das  
173 Berliner Behindertenparlament.

### 174 **3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und** 175 **sozial**

176 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnpolitik  
177 eingeläutet, um  
178 der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu  
179 gebieten. Unser  
180 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert zu gestalten.  
181 Mit unserem  
182 „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller  
183 Wohnungen in Berlin  
184 in gemeinwohlorientierter Hand sein. Unter Gemeinwohl verstehen wir die  
185 landeseigenen  
186 Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen und  
187 Hausprojekte

188 sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften  
189 auf das  
190 Gemeinwohl verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen,  
191 die ihr  
192 Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wie beispielsweise Baugruppen, wenn  
193 sie sich  
194 sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen.

195 In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau stärker auf Gemeinwohl  
196 ausgerichtet,  
197 gleichzeitig hat der Mietendeckel Ruhe in den überhitzten Markt gebracht und zu  
198 stabilen  
199 Mietpreisen geführt. Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind  
200 stolz darauf,  
201 dass wir Wucher stoppen konnten, trotz heftigen Gegenwindes. In den kommenden  
202 Jahren  
203 streiten wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt  
204 für Berlin.

205 Dazu gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude  
206 stoßen 40  
207 Prozent des CO<sub>2</sub> in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die  
208 Bauwende  
209 eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir  
210 verwirklichen  
211 soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz und spielen sie nicht gegeneinander aus.

212 Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und  
213 ökologisch

214 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung  
215 Platz hat.

216 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer\*innen – von  
217 Genossenschaften über  
218 landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bis zu Baugruppen und auch kleinen  
219 privaten  
220 Besitzer\*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr Wohnungen. Wir wollen, dass in  
221 Berlin jährlich  
222 20.000 Wohnungen neu gebaut werden, natürlich klimaneutral und mindestens die  
223 Hälfte  
224 sozialverträglich. Neubauten im Hochpreissegment müssen möglichst vermieden  
225 werden, weil das  
226 weite Teile der Bevölkerung ausschließt. Zur Förderung des Neubaus wollen wir  
227 einen  
228 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus  
229 Darlehen  
230 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Neubauten  
231 ermöglicht. Wir  
232 wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten, dass eine  
233 besonders hohe  
234 Förderung in dauerhaft gemeinwohlgebundene und möglichst CO<sub>2</sub>-neutrale errichtete  
235 Wohnungen  
236 fließt. Die Genossenschaftsförderung für Neubauten wollen wir deutlich erhöhen

237 und weiter  
238 öffnen, zum Beispiel auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat.

239 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Mit  
240 ökologischen  
241 Dämm- und Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder  
242 Recyclingbeton, wollen  
243 wir klimafreundliche Neubauten und Modernisierungen auf die Straße bringen. Bei  
244 energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die  
245 Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues  
246 faires System  
247 zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau  
248 bezahlt ist,  
249 muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung  
250 wollen wir  
251 zwischen Vermieter\*innen, Mieter\*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair  
252 verteilen.  
253 Durch eine energetische Sanierung schützen Vermieter\*innen die Bausubstanz ihrer  
254 Immobilien  
255 und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete  
256 durch niedrige  
257 Energiekosten aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt. Die  
258 öffentliche Hand  
259 leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um  
260 Berlin auf den  
261 1,5-Grad-Pfad zu bringen.

262 Wir wollen Eigentümer\*innen gesetzlich verpflichten, bis 2024 Fahrpläne für eine  
263 mieter\*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser  
264 vorzulegen.  
265 Dabei bieten wir eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die  
266 Bauinformationszentren des Landes Berlin an. (Zu Fragen der Stadtentwicklung und  
267 des  
268 ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

269 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen,  
270 wollen wir  
271 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und  
272 Entwicklungsmaßnahmen  
273 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das  
274 Berliner  
275 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass mindestens  
276 50 Prozent  
277 der Wohnungen im Neubau dauerhaft gemeinwohlgelungen sind. Darüber hinaus wollen  
278 wir auch  
279 alle weiteren Möglichkeiten nutzen, um Baurecht an die dauerhafte ökologische  
280 und  
281 Gemeinwohlbindung mindestens eines Anteils des Neubaus zu knüpfen.

282 Den Wohnungsmarkt regulieren – bezahlbare Mieten sichern

283 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des  
284 Zweckentfremdungsverbot und

285 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte  
286 gegangen, um  
287 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die  
288 Lage zu  
289 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Darüber hinaus prüfen wir die  
290 Schaffung  
291 eines Landesamtes für Wohnungswesen, das vor allem die Umsetzung des  
292 Mietendeckels  
293 sicherstellen soll. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt zu schaffen,  
294 haben wir ein  
295 Berliner Miet- und Wohnungskataster eingeführt und werden es mit Leben füllen.

296 Die Wirkung des Mietendeckels ist bis 2025 begrenzt. Bis dahin braucht es auf  
297 Bundesebene  
298 eine Reform des Mietrechts, damit die Mehrheit der Mieter\*innen nicht mehr als  
299 30 Prozent  
300 ihres Nettoeinkommens für Wohnen aufbringen müssen. Sollte das nicht gelingen,  
301 werden wir  
302 auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den  
303 Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Dazu werden wir alle  
304 Möglichkeiten  
305 nutzen und ein Mietenkataster aufbauen. Ein solches Kataster kann Grundlage für  
306 ein  
307 Wohnraumbewirtschaftungsgesetz sein. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare  
308 Mieten zu  
309 sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbe und Immobilienkaufpreise  
310 nicht durch die  
311 Decke gehen.

312 Bei Wohnungen in öffentlicher Hand haben wir hohe Ansprüche an die  
313 Gemeinwohlorientierung.  
314 Darum entwickeln wir das Wohnraumversorgungsgesetz und die  
315 Kooperationsvereinbarung mit den  
316 städtischen Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Der  
317 öffentliche  
318 Wohnungssektor stellt sicher, dass auch Menschen mit geringem Einkommen die  
319 Miete zahlen  
320 können. Das wollen wir weiterhin gesetzlich sicherstellen. Beim landeseigenen  
321 Berlinovo-  
322 Konzern fordern wir eine tiefgreifende Strukturreform hin zu mehr Transparenz  
323 und  
324 Gemeinwohl.

325 Eigentum verpflichtet, und das muss sich auch in der Besteuerung niederschlagen.  
326 Höherer  
327 Wert heißt höhere Steuerzahlung. Angesichts der komplexen Umsetzungsfragen  
328 wollen wir mit  
329 einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob eine Umwandlung zu einer Bodenwertsteuer  
330 sinnvoll und  
331 durchführbar ist. Zusätzlich wollen wir die Grunderwerbsteuer progressiv  
332 ausgestalten. Sie  
333 soll deutlich höher ausfallen als bislang für Transaktionen mit vielen

334 Wohneinheiten und  
335 niedriger als heute für Einzelkäufe.

336 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne  
337 Eigentumswohnungen ist ein  
338 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Wir wollen, dass der Bund den  
339 Ländern durch  
340 die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miets- in  
341 Eigentumswohnungen  
342 konsequent zu unterbinden und den Erwerb von Wohneigentum auf  
343 Neubauinvestitionen zu  
344 begrenzen. Sollte der Bund auch hier nicht handeln, werden wir prüfen, inwieweit  
345 wir, analog  
346 zum Mietendeckel, auch als Land Berlin diesbezüglich tätig werden können.

347 Die Stadt zurückerwerben

348 Um Verdrängung und Immobilienspekulation zu stoppen und bezahlbaren Wohnraum zu  
349 ermöglichen,  
350 streben wir in den nächsten 30 Jahren einen Berliner Wohnungsmarkt an, der zu 50  
351 Prozent  
352 gemeinwohlorientiert ist. Gemeinwohlorientiert sind für uns Eigentumsformen, die  
353 nicht auf  
354 puren Profit und Spekulation ausgerichtet sind – wie zum Beispiel  
355 Genossenschaften,  
356 Baugruppen, Berlins Wohnungsgesellschaften und Privatvermietende, die sich wie  
357 die  
358 öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten.

359 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung aus der  
360 Mottenkiste  
361 geholt: Mit dem Vorkaufsrecht verpflichten wir Käufer\*innen mit  
362 Abwendungsvereinbarungen  
363 dazu, ihrer Sozialpflichtigkeit nachzukommen, oder veranlassen den Aufkauf der  
364 fraglichen  
365 Wohngebäude durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Mit einer  
366 deutlichen  
367 Erweiterung von Milieuschutzgebieten wollen wir diese Intervention zugunsten der  
368 betroffenen  
369 Mieter\*innen zukünftig auch stadtweit ermöglichen. Mit Genossenschaften,  
370 Stiftungen oder  
371 Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung  
372 schließen.

373 Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu  
374 erhalten und zu  
375 fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen  
376 außerdem auf  
377 Bundesebene dafür, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen fairen  
378 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für  
379 Gewerbemieter\*innen  
380 einführen und die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume  
381 kostengünstig  
382 anbieten, um vor Ort den Gewerbearten Räume anzubieten, die darauf besonders



383 angewiesen

384 sind.

385 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die  
386 Politik, dass

387 dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im  
388 Bereich Wohnen

389 und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des  
390 Volksbegehrens.

391 Zentral dabei ist, die Mieter\*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu  
392 gebieten und den

393 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

394 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen  
395 verhandeln und

396 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die  
397 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen

398 Auftrag erfüllen

399 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen  
400 Verantwortung

401 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt,  
402 diesen

403 Schritt gehen. Wenn es um die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums  
404 geht,

405 müssen qualitative Kriterien zur Bewertung kommen, die Diskussion um rein  
406 quantitative

407 Obergrenzen sehen wir kritisch.

408 Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

409 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten  
410 Umgang mit

411 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein  
412 transparentes

413 Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen.  
414 Seinen

415 Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine

416 Erbbaurechtsstrategie implementieren. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr  
417 privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

418 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung  
419 begonnen hat,

420 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten  
421 Landesgesellschaft

422 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung  
423 einer

424 genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger\*innenschaftliche  
425 und

426 gemeinwohlorientierte Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land  
427 Trusts stärken.

428 Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des  
429 Vorkaufsrechts

430 sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer

431 Immobilie  
432 berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im  
433 Bundesbaugesetzbuch kämpfen.  
434 Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag einer Immobilie genutzt wird, um den  
435 Verkehrswert zu  
436 ermitteln, und nicht die höchstmögliche Verwertung zählt.

### 437 **3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und** 438 **Perspektiven** 439 **schaffen**

440 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in  
441 der viele  
442 Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede\*n treffen.  
443 Besonders  
444 gefährdet sind ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen,  
445 oder Menschen  
446 mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale  
447 Sicherheit  
448 garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es  
449 eines  
450 grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen  
451 in allen  
452 Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung  
453 des Hartz-  
454 IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-  
455 II-Regelsatz.

456 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige  
457 Weichen neu  
458 gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft  
459 haben wir so  
460 verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teurer  
461 wird.  
462 Zehntausende Mieter\*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben.  
463 Und um  
464 Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf  
465 12,50 Euro  
466 angehoben und Mindesthonorare für Künstler\*innen und Freischaffende eingezogen.  
467 In all  
468 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

469 Familien- und Kinderarmut bekämpfen

470 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns  
471 nicht nur  
472 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen  
473 angewiesen sind.  
474 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell oder finanziell  
475 benachteiligt sind.

476 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von  
477 kostenfreier Kita- und  
478 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem  
479 kostenfreien ÖPNV-  
480 Ticket für Schüler\*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und  
481 bedrohte  
482 Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr  
483 tun. Deshalb  
484 wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen.  
485 Die ungerechte  
486 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir  
487 mit einer  
488 Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

489 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen  
490 Lebenslagen zu  
491 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der  
492 „Landeskommission  
493 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des  
494 Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es  
495 an die  
496 Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen  
497 erstellen,  
498 von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das  
499 Netzwerk  
500 soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der  
501 letzte ist, da  
502 ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt  
503 nachträgliches  
504 Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur\*innen. Darum  
505 haben wir in  
506 den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell  
507 abzusichern. Die  
508 Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit  
509 festen Stellen in  
510 den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots\*innen, die Familien schon  
511 um die  
512 Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots\*innen auf  
513 allen  
514 Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

515 Familien in schwierigen Situationen brauchen besondere Unterstützung. Darum  
516 haben wir uns in  
517 den vergangenen Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke  
518 eingesetzt.  
519 Dies wollen wir nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die  
520 Sozialarbeiter\*innen vor Ort  
521 sollen die Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder  
522 Jugendsozialarbeit  
523 zu finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen  
524 verloren zu  
525 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den

526 Familienbüros, die wir  
527 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen,  
528 sondern die  
529 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter\*innen ausstatten, die Eltern schnell und  
530 unbürokratisch beraten können.

531 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine  
532 besonders  
533 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein  
534 Elternteil arbeitet,  
535 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als  
536 200 Personen  
537 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen  
538 Bezirken  
539 wiederholen wollen.

540 Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

541 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen  
542 so zu

543 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren  
544 gehen.

545 Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und  
546 Suchtberatung

547 oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative  
548 Ansätze aus

549 einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Die Rädchen  
550 müssen vor Ort

551 ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie  
552 benötigen. Dafür

553 müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für  
554 die ganze

555 Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden  
556 Einzelfall

557 gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In  
558 Mitte war

559 ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In  
560 Neukölln

561 haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und  
562 Wege aus der

563 Krise zu zeigen. Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern  
564 und der

565 Senatsverwaltung für Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns  
566 ist klar,

567 dass Betroffene in die Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

568 Orientierung am Sozialraum der Menschen

569 Auch die Arbeit der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen  
570 organisieren

571 – nicht entlang bürokratischer Logiken. Die in der Jugendhilfe begonnene

572 „Sozialraumorientierung“ ist ein guter Schritt in diese Richtung. Mit der

573 Verankerung im

574 Familienfördergesetz weiten wir diese Systematik auf andere Bereiche aus. In  
575 ganz Berlin  
576 sollen lebensweltlich orientierte Räume definiert und Fachkonzepte der  
577 Zusammenarbeit  
578 erarbeitet werden. Wir wollen Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien  
579 und  
580 Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“,  
581 Babyslots\*innen, die Stadtteilmütter, Sozialarbeiter\*innen in  
582 Jugendeinrichtungen, die  
583 Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Bei den  
584 sogenannten „67er-  
585 Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen  
586 Schwierigkeiten,  
587 wollen wir eine einheitliche Anwendung in den Bezirken erreichen. Parallel soll  
588 die  
589 Qualitätssicherung systematisiert und in ganz Berlin strukturiert werden, um  
590 Flexibilität  
591 und hohe Qualität zu verbinden.

592 Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen

593 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-,  
594 Sozial- und  
595 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes  
596 Berichtswesen zu einer  
597 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die  
598 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung  
599 und vieles  
600 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und  
601 zusammenführen.  
602 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren  
603 und in die  
604 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage  
605 von  
606 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar  
607 2020 war ein  
608 wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss  
609 eine  
610 Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können.

611 Das Konzept „Housing First“ ausbauen

612 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit  
613 führt. Um die  
614 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen  
615 geschützten  
616 Raum, ein Dach über dem Kopf. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz  
617 „Housing First“  
618 Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag – und  
619 begleiten sie  
620 dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen wollen  
621 wir die  
622 Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen

623 gemeinwohlorientierten Projekten,  
624 die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein,  
625 Bürgschaften  
626 auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell  
627 der Degewo  
628 mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen  
629 Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang  
630 umsetzen zu können,  
631 wollen wir Wohnungen auf Basis des Mietendeckels anmieten, um sie, begleitet von  
632 sozialer  
633 und psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Dabei  
634 stehen besonders  
635 verletzte Gruppen wie Frauen, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen  
636 mit  
637 Behinderung und Obdachlose mit hohem Alter im Mittelpunkt.

638 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von EU-Bürger\*innen, wenn sie keine  
639 Ansprüche  
640 auf Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein,  
641 Leistungsausschlüsse  
642 abzuschaffen. In Berlin wollen wir eine Clearing-Stelle einrichten, die zentral  
643 die  
644 Möglichkeiten prüft und, wenn nötig, Menschen auf Basis des Allgemeinen  
645 Sicherheits- und  
646 Ordnungsgesetzes unterbringt.

647 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in  
648 den  
649 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600  
650 Plätze  
651 ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der  
652 Kältehilfe  
653 deutlich über 1.000 Plätze vorgehalten werden. Alle Plätze sollen stets mit  
654 Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll  
655 eine Chance  
656 auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen.

657 Ein neues Landesamt für Unterbringung

658 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein  
659 eigenständiges Leben –  
660 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade  
661 die Wohnung  
662 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen  
663 Menschen  
664 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das  
665 Landesamt  
666 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat.  
667 Diese  
668 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das  
669 LAF zu einem  
670 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

### 671 3.3 Gesundheit ganzheitlich denken

672 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – das hätte nicht  
673 drastischer deutlich  
674 werden können als in der Corona-Pandemie. Vorsorge zu treffen heißt immer in  
675 gute Strukturen  
676 zu investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden.  
677 Gesundheitsversorgung darf  
678 nicht zur Profitmaximierung dienen, sondern muss sich am Wohl der Menschen  
679 orientieren.  
680 Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder individuelles  
681 Gesundheitsverhalten. Es geht um gesunde Lebensbedingungen, um körperliches,  
682 psychisches und  
683 soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

684 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner\*innen getan. Gerade in  
685 der Corona-  
686 Pandemie war dies eine Herausforderung. Wir haben Kapazitäten aufgestockt,  
687 Personal in den  
688 Gesundheitsämtern aufgebaut und für den Notfall ein Corona-Behandlungszentrum  
689 geschaffen.  
690 Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben wir aber weit vor der Pandemie  
691 begonnen. Die  
692 Investitionen in die Krankenhäuser haben wir auf den Bundesschnitt angehoben und  
693 dafür  
694 gesorgt, dass Babylots\*innen in allen Geburtsstationen der Berliner  
695 Krankenhäuser Eltern  
696 beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im Krankenhaus  
697 besser und  
698 gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf regionale,  
699 saisonale und  
700 nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine. Wir haben  
701 erreicht, dass  
702 alle Berliner\*innen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten. Wir  
703 unterstützen  
704 Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu versichern. Durch unseren  
705 Einsatz können  
706 sich endlich auch Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel mit einem anonymen  
707 Krankenschein  
708 behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem der Zugang zur  
709 hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist. Der neue und bislang  
710 einzigartige  
711 Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig  
712 Beratung, Prävention  
713 (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle Gesundheit,  
714 insbesondere zu  
715 HIV/AIDS.

716 Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen  
717 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist  
718 der

719 öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Über Jahrzehnte wurde der ÖGD  
720 kaputtgespart. In der  
721 Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt.  
722 Wir brauchen  
723 einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit den nötigen Kompetenzen und  
724 Ressourcen  
725 ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte Vernetzung voranzutreiben. Der  
726 ÖGD soll  
727 die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln. Daher  
728 werden wir  
729 systematisch auch neuere Berufsgruppen wie Public-Health-Absolvent\*innen,  
730 Epidemiolog\*innen  
731 oder Gesundheitswissenschaftler\*innen in den ÖGD einbeziehen. Und wir setzen uns  
732 dafür ein,  
733 dass Famulaturen im Medizinstudium sowie das praktische Jahr auch in den  
734 Gesundheitsämtern  
735 absolviert werden können. Wir wollen den Beruf der\*des Amtsärzt\*in attraktiver  
736 machen und  
737 die Voraussetzungen schaffen, dass die gesamte Ausbildung zur Fachärzt\*in für  
738 den  
739 öffentlichen Gesundheitsdienst auch in Berlin absolviert und finanziert werden  
740 kann. Mit  
741 neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen Aufgaben zu  
742 erledigen. Um  
743 vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen, dass der ÖGD die  
744 Vielfalt  
745 unserer Gesellschaft widerspiegelt.

746 Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur  
747 investieren

748 Therapeut\*innen und Ärzt\*innen, Pflegepersonal, Psycholog\*innen und die  
749 Mitarbeiter\*innen in  
750 den Gesundheitsämtern – es gibt viele Berufsgruppen, die für gute  
751 gesundheitliche Versorgung  
752 wichtig sind. Wir wollen die noch nicht organisierten Gesundheits- und  
753 Pflegeberufe bei  
754 ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und  
755 gewollt auch  
756 in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur  
757 Verfügung  
758 steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen  
759 Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden. Auch die Ausbildung  
760 muss  
761 attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und  
762 Studiengänge auch in  
763 Teilzeit zu absolvieren.

764 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt  
765 hoher  
766 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um  
767 den Status



768 quo zu halten, sondern auch, um Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der  
769 Gesundheitsversorgung voranzubringen.

770 Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

771 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der  
772 psychischen  
773 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, der Beruf und die soziale Lage eine  
774 wesentliche  
775 Rolle. In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist\*innen  
776 – aber viel  
777 zu selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen  
778 Fachdisziplinen  
779 zusammengebracht. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez macht es  
780 anders: Hier  
781 arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den  
782 Menschen im Kiez  
783 für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen  
784 erfolgen  
785 disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die Bedürfnisse der  
786 Anwohner\*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das Projekt  
787 regelmäßiger  
788 Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte, lokale und  
789 interprofessionelle Gesundheitszentren schaffen.

790 Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken

791 Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen  
792 Politikfeldern zu  
793 verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn  
794 Gesundheit entsteht  
795 weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort, wo  
796 Menschen leben,  
797 arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen. Auch  
798 Klimaschutz ist  
799 Gesundheitsschutz – Luftverschmutzung und Lärm machen krank. Mit der  
800 Verkehrswende schützen  
801 wir vor allem die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen Straßen  
802 leben müssen.

803 Wir wollen künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre  
804 Auswirkungen auf  
805 die Gesundheit prüfen.

806 HIV/Aids besiegen

807 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der  
808 HIV-  
809 Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen  
810 in der  
811 Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen.  
812 Unser Ziel  
813 für die kommenden Jahre lautet „95-95-95“: 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen  
814 von ihrer  
815 Infektion wissen, 95 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und 95 Prozent

816 der  
817 Behandelten „unter der Nachweisgrenze“ sein, damit eine Übertragung des HI-Virus  
818 nicht mehr  
819 möglich ist. Um das zu erreichen, wollen wir die Infrastruktur zu  
820 Versorgungsstrukturen  
821 weiter verbessern.

822 Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für  
823 alle

824 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten.  
825 Hebammen und  
826 Geburtshelfer begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Frauen sowohl  
827 während der  
828 Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen.  
829 Dass  
830 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett  
831 betreuen kann, ist  
832 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen allen Frauen aber weiterhin eine  
833 selbstbestimmte und  
834 sichere Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb  
835 vereinbart, die  
836 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, sie mit Service-Parkausweisen im  
837 Alltag zu  
838 unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu erleichtern.  
839 Zusätzlich  
840 haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen  
841 für Hebammen  
842 verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene  
843 setzen wir uns  
844 dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge übernommen  
845 werden und es  
846 dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern gibt.

847 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen,  
848 wollen wir  
849 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie auch  
850 gleichgeschlechtlichen Paaren von der Krankenkasse finanziert wird.

851 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu  
852 können.  
853 Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb niedrigschwellig  
854 zugänglich  
855 sein und wir kämpfen weiterhin für die Entkriminalisierung von  
856 Schwangerschaftsabbrüchen.

857 Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

858 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die  
859 Gesundheitsversorgung: Wir  
860 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase  
861 verbringen  
862 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar  
863 nicht mehr

864 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass  
865 vorher eine  
866 gute Aufklärung über Versorgungsvollmachten und eine Patientenverfügung  
867 stattfindet. Deshalb  
868 wollen wir die Strukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine  
869 Beratungsstelle für  
870 Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung im Hospiz  
871 oder  
872 zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aus gesundheitsökonomischer  
873 Sicht oft  
874 unattraktiver als die medizinische Behandlung durch Operationen und  
875 intensivmedizinische  
876 Maßnahmen. Umso wichtiger ist es, Ärzt\*innen so aus- und weiterzubilden, dass  
877 für sie die  
878 Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen, die  
879 von den  
880 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden, nicht um jeden Preis  
881 durchgeführt werden.

882 Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote

883 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden.  
884 Durch unsere  
885 Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen  
886 positiven  
887 Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken.  
888 Darüber hinaus  
889 wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote  
890 schaffen und  
891 ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen  
892 besser zu  
893 bewältigen.

894 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur  
895 Behandlung und  
896 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander  
897 vernetzte  
898 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze  
899 sowie den  
900 Abbau von Zwang. In der Versorgung gilt für uns die Maxime: ambulant vor  
901 teilstationär vor  
902 stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie  
903 neue  
904 Angebotsformen zu fördern. Wir wollen den ÖGD hinsichtlich Beratung und  
905 Begleitung stärken.

906 Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und  
907 einen  
908 datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

909 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote  
910 zur  
911 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen

912 Unterstützung und  
913 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen.

### 914 **3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die** 915 **Pflege** 916 **stark**

917 Wir Berliner\*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen  
918 Alters  
919 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie  
920 kommen, wie  
921 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir  
922 die richtigen  
923 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen  
924 weiter ihre  
925 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und  
926 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der  
927 Einrichtungen im  
928 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür  
929 setzen wir uns  
930 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,  
931 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

932 Im Kiez verortet

933 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so  
934 lange wie  
935 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im  
936 Kiez teilhaben  
937 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die  
938 Pflegestützpunkte  
939 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber  
940 hinaus  
941 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,  
942 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über  
943 die eigene  
944 Community hinaus zusammenbringen.

945 Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

946 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter Pflege- und Wohnformen an  
947 und wollen  
948 alternative Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große  
949 Heimeinrichtungen  
950 abgelöst werden, wir fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte  
951 Versorgungseinrichtungen. Sie bieten quartiersnahe, sozialintegrative und  
952 inklusive  
953 Beratung, Pflege und Betreuung älterer Menschen. Um eine gute Qualität  
954 sicherstellen und  
955 kontrollieren zu können, haben wir das Wohnteilhabegesetz überarbeitet.  
956 Besonders wichtig  
957 war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und Wohngemeinschaften an den

958 jeweiligen  
959 Sozialraum.

960 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem  
961 Pflegebedarf  
962 beraten. Die Mitarbeiter\*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die  
963 ihr Angebot  
964 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes  
965 und  
966 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch  
967 Pflegeeinrichtungen und  
968 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in  
969 allen Kiezen  
970 Pflegeeinrichtungen.

971 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine  
972 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior\*innen anstoßen, die vorhandene  
973 Strukturen und  
974 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes  
975 Wissen über die  
976 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng  
977 eingebunden werden.  
978 Für uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Hintergründe der Berliner\*innen  
979 abbilden  
980 muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein.  
981 Gerade in einer  
982 Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei  
983 Einstellungen auf  
984 Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege-  
985 und  
986 Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der  
987 interkulturellen  
988 Öffnung und der LSBTIQ\*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen –  
989 diesen Weg  
990 wollen wir weitergehen.

991 Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

992 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter\*innen. Pflegekräfte sind  
993 systemrelevant, das  
994 spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend in den Arbeitsbedingungen wider. Das  
995 wollen wir  
996 ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten Jahren bereits  
997 Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt  
998 kommt es auf die  
999 Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Eine  
1000 Pflegekammer,  
1001 wie sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen  
1002 wir  
1003 ausdrücklich.

1004 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen,  
1005 Mobilitätsangebote,

1006 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den  
1007 Arbeitsschutz zu  
1008 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte in Form von  
1009 Pflegekammern und  
1010 regen das auch für andere Heilberufe an. Wir fordern mehr Teilzeitausbildungen  
1011 und die  
1012 Finanzierung der berufsbegleitenden Ausbildung zum\*zur Altenpfleger\*in. Im  
1013 Ausland erworbene  
1014 Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder  
1015 außerhalb der EU  
1016 erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung  
1017 müssen die  
1018 Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst  
1019 lange in ihrer  
1020 eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in  
1021 ihrem Beruf  
1022 – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen wollen wir sie zurückgewinnen.

1023 Pflegende Angehörige besserstellen

1024 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege.  
1025 Rund 200.000  
1026 Berliner\*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir  
1027 wollen sie  
1028 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So  
1029 wollen wir ihr  
1030 Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das  
1031 Kompetenzzentrum  
1032 Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen  
1033 Bezugspersonen  
1034 soll ausgebaut und verstetigt werden. Als Berliner Landesregierung haben wir  
1035 bereits eine  
1036 Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine  
1037 Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

### 1038 **3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen** 1039 **mit** 1040 **Behinderung**

1041 Die Berliner Stadtgesellschaft soll inklusiv werden. Wir wollen eine  
1042 Gesellschaft, in der  
1043 alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive Behinderung  
1044 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen. In  
1045 Berlin leben  
1046 rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von über 50 Prozent, das  
1047 ist fast jede  
1048 zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für  
1049 noch viel mehr  
1050 Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen, auf  
1051 barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es

1052 zentral,  
1053 dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

1054 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft.  
1055 Wir  
1056 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an.  
1057 Gleichzeitig arbeiten  
1058 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken  
1059 wird am Aufbau  
1060 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit  
1061 Behinderung künftig  
1062 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe  
1063 finden. Für den  
1064 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020  
1065 zusätzlich  
1066 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim  
1067 barrierefreien Umbau  
1068 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn.  
1069 Unser  
1070 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir  
1071 investieren  
1072 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

1073 „Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung

1074 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen  
1075 wir gezielt  
1076 vorantreiben. Zum 1. Januar 2022 sollen alle bezirklichen „Häuser der Teilhabe“  
1077 gegründet  
1078 sein. Wir wollen in den Häusern multiprofessionelle Teams zusammenbringen, um  
1079 die Beratung  
1080 so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für einheitlich hohe Standards  
1081 der  
1082 Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen Land und Bezirken  
1083 entwickeln  
1084 und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also ein neues Label und  
1085 die  
1086 Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht zulassen.  
1087 Bei der  
1088 Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch das  
1089 „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den  
1090 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in  
1091 allen „Häusern  
1092 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen  
1093 Beratungs-  
1094 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen  
1095 Rechtskreisen  
1096 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung  
1097 stehen.

1098 Für Inklusion in allen Lebensbereichen

1099 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die  
1100 Prämisse:  
1101 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die Werkstätten so weiterentwickeln,  
1102 dass sie nicht  
1103 zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten  
1104 Arbeitsmarkt dienen.  
1105 Unternehmen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet,  
1106 wenigstens auf fünf  
1107 Prozent der Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch  
1108 immer zahlen  
1109 aber zu viele Arbeitgeber\*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um  
1110 das zu ändern,  
1111 werden wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter\*innen mit Behinderung  
1112 stärker  
1113 fördern und Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an solche  
1114 „Inklusionsbetriebe“ vergeben.

1115 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe  
1116 und  
1117 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir  
1118 schnellstmöglich  
1119 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der  
1120 Inklusionstaxis im  
1121 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu  
1122 verwirklichen. Bei der  
1123 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen  
1124 wir Inklusion  
1125 zu einer Bedingung machen.

1126 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch  
1127 für ältere  
1128 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten  
1129 Wohnraumes  
1130 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen  
1131 wir die  
1132 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass  
1133 die Vorgaben  
1134 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir  
1135 entsprechende Quoten  
1136 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

1137 Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides  
1138 bedingt sich  
1139 gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Nach und nach  
1140 wollen wir  
1141 unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder gemeinsam an Regelschulen lernen.  
1142 Die  
1143 Mitarbeiter\*innen der Förderschulen brauchen wir an den Regelschulen zur  
1144 individuellen  
1145 Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin.

1146 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen  
1147 Begegnungsräumen



1148 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins  
1149 werden wir  
1150 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen.

1151 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung  
1152 der EU-  
1153 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin  
1154 einen  
1155 wichtigen Schritt getan. Die praktische Umsetzung wollen wir nun beschleunigen.  
1156 Das gilt  
1157 zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und Bezirksämter. Bei der  
1158 Neukonzeption  
1159 von [www.berlin.de](http://www.berlin.de) muss die digitale Barrierefreiheit schon in der Planung  
1160 umfassend  
1161 mitgedacht werden.

1162 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist  
1163 eine inklusive  
1164 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

### 1165 3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, 1166 Unterstützung und Selbstbestimmtheit

1167 Drogen sind Teil der Gesellschaft und kaum eine Debatte wird so irrational  
1168 geführt wie die  
1169 um den richtigen Umgang damit. Wir Bündnisgrüne stehen für einen vernünftigen,  
1170 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch  
1171 Prävention und  
1172 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz gewährleistet, Abhängigen  
1173 unkompliziert Hilfe  
1174 zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

1175 Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

1176 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen  
1177 deutschlandweit  
1178 rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens,  
1179 viele Millionen  
1180 sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und  
1181 Millionen  
1182 Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Die am weitesten verbreitete  
1183 illegale  
1184 Droge ist mit ca. vier Millionen Konsument\*innen Cannabis. Tatsächlich ist die  
1185 Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen  
1186 auf der  
1187 anderen Seite nicht sinnvoll und historisch vor rund 100 Jahren willkürlich  
1188 getroffen  
1189 worden. Da sind wir uns mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig. Statt  
1190 willkürlicher  
1191 Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungspotential ein  
1192 wichtiger  
1193 Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied

1194 macht, wie  
1195 Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant  
1196 und in  
1197 kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen  
1198 Erkenntnissen  
1199 orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

1200 In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf  
1201 Bundesebene

1202 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht.  
1203 Wir haben ein  
1204 Werbeverbot für Tabak und Alkohol auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit  
1205 einem Pilot-  
1206 Projekt zum Drug-Checking in Clubs werden wir einen Weg einschlagen, der  
1207 Menschen vor  
1208 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume haben wir in den  
1209 Bezirken  
1210 geplant und geschaffen. Dort sind neben sicherem Konsum vor allem Aufklärung,  
1211 Beratung und  
1212 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis  
1213 haben wir  
1214 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und  
1215 auf  
1216 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene.  
1217 Gemeinsam  
1218 mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem  
1219 „Cannabiskontrollgesetz“  
1220 ein sehr konkreter Weg zur Legalisierung entwickelt, den wir auch weiter  
1221 vorantreiben  
1222 werden.

1223 Aufklärung und Prävention ausbauen

1224 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten,  
1225 zielorientierten  
1226 Drogenpolitik festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen  
1227 ausbauen.  
1228 Der Jugend- und Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher\*innen und  
1229 damit der  
1230 Verbraucherschutz haben dabei für uns höchste Priorität. Dabei nehmen wir nicht  
1231 nur  
1232 substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern werden auch Programme der  
1233 Prävention  
1234 vor nicht substanzgebundene Süchte, beispielsweise Glücksspiel oder  
1235 Computerspiele, weiter  
1236 ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol wollen wir in einem nächsten Schritt  
1237 auf allen  
1238 Werbeflächen in Berlin verbieten und dazu die rechtlichen Möglichkeiten im  
1239 Detail prüfen.  
1240 Den Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner\*innen und  
1241 Barkeeper\*innen  
1242 schützen wir damit und wir halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen

1243 mit  
1244 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucher kneipen wollen wir Lizenzen  
1245 vergeben, um hier  
1246 mehr Klarheit für Betreiber\*innen und Gäste zu schaffen.

1247 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und  
1248 werden mit  
1249 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe  
1250 diese  
1251 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren  
1252 Spritzenentsorgung, zu häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen  
1253 sowie mit  
1254 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen  
1255 haben auf  
1256 Spielplätzen nichts verloren.

1257 Beratung und Selbsthilfe stärken

1258 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie  
1259 Drogenkonsumräume. Unser  
1260 Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme in allen Bezirken Berlins. Mit  
1261 einer  
1262 stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen erreichen, die  
1263 drogenabhängig und  
1264 dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die Beratung aber nicht  
1265 alleine  
1266 schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so dass es sich zur  
1267 anerkannten  
1268 Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert mit Angeboten zur  
1269 Beratung  
1270 und Hilfe zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum. Dafür wollen wir mehr mobile Drug-  
1271 Checking-  
1272 Teams auf den Weg bringen, die die Erreichbarkeit verbessern. Die Sucht- und  
1273 Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist  
1274 dabei für uns,  
1275 dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-  
1276 Substitution und die  
1277 Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und  
1278 medizinisch-  
1279 psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

1280 Schwarzmarkt austrocknen

1281 Um den Schwarzmarkt auszutrocknen, arbeiten wir weiter daran, Cannabis zu  
1282 legalisieren.  
1283 Solange es auf Bundesebene keine neue gesetzliche Regelung gibt, halten wir an  
1284 unserem Ziel  
1285 eines Modellprojektes zur legalen Abgabe von Cannabis in Berlin fest. Die nicht  
1286 verfolgbare  
1287 geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir anheben und auch für  
1288 andere illegale  
1289 psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen festlegen, die  
1290 strafverfolgungsfrei

1291 bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv. Auch den Parks, die von  
1292 massiven  
1293 Dealertätigkeiten belastet sind, und deren Anwohner\*innen wollen wir dazu  
1294 verhelfen, wieder  
1295 mehr Ruhe und Sauberkeit zu finden. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir so  
1296 weit möglich  
1297 für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich  
1298 durch den  
1299 internationalen Drogenhandel begünstigt wird.

1300 Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

1301 Weltweit sorgt der Handel mit Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Bei kaum  
1302 einem  
1303 anderen Politikfeld ist die Verbindung zwischen unserer Politik hier und der  
1304 Lage der Welt  
1305 so unmittelbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu beenden, arbeiten  
1306 wir daran, den  
1307 internationalen Drogenhandel zu unterbinden. Das gelingt nicht durch die  
1308 Kriminalisierung  
1309 von Konsument\*innen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von  
1310 Entkriminalisierung  
1311 und Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese  
1312 Konflikte auf  
1313 dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

### 1314 **3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die** 1315 **Hauptstadt** 1316 **des Sportes**

1317 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft und stiften Freude.  
1318 Wir wollen  
1319 allen Berliner\*innen ermöglichen sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem  
1320 Alter, egal ob  
1321 organisiert und regelmäßig oder nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll  
1322 alle  
1323 Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere Vision für die Hauptstadt des Sportes,  
1324 dass Sport und  
1325 Bewegung selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht wird: sei es das  
1326 Laufen im Park,  
1327 eine Runde Tischtennis im Hof, Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder  
1328 Kicken auf dem  
1329 Supermarkt-Dach. Dafür denken wir Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung  
1330 mit. Sport  
1331 verbindet auch über Grenzen hinweg. Berlin profitiert von internationalen  
1332 Sportveranstaltungen. Die weltweite Bekanntheit der Sportmetropole Berlin wollen  
1333 wir  
1334 ausbauen.

1335 Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

1336 Viele Berliner\*innen sind in Sportvereinen aktiv. Sportvereine übernehmen  
1337 vielfältige  
1338 Funktionen, sie ermöglichen Jung und Alt Bewegung in Gemeinschaft, sie  
1339 unterstützen das  
1340 Zusammenwachsen unterschiedlicher Menschen und den Leistungssport. Das wäre ohne  
1341 zahllose  
1342 Ehrenamtliche nicht möglich, die sich als Trainer\*innen oder Vereinsvorstände  
1343 engagieren.  
1344 Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz, sondern auch bei der Bezahlung  
1345 von  
1346 Trainer\*innen und Übungsleiter\*innen. Deswegen haben wir die Finanzierung der  
1347 Trainer\*innen  
1348 und Übungsleiter\*innen verbessert.

1349 Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

1350 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner\*innen alleine oder in sich frei  
1351 organisierenden  
1352 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport  
1353 gleichstellen und allen Bürger\*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen.  
1354 Deswegen werden  
1355 wir das Sportfördergesetz und die Sportstättennutzungsverordnung so anpassen,  
1356 dass die  
1357 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird.  
1358 Der neu  
1359 gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive  
1360 Friedrich-Ludwig-  
1361 Jahn-Sportpark in Pankow sollen Vorzeige-Projekte für das Nebeneinander von  
1362 institutionalisiertem und frei organisiertem Sport werden. Hierfür wollen wir  
1363 den Friedrich-  
1364 Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie an einem historischen Ort in  
1365 einer  
1366 Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine inklusive Sportstätte  
1367 für alle  
1368 Menschen entstehen kann.

1369 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu  
1370 ermöglichen, haben wir  
1371 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken  
1372 kostenlose  
1373 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als  
1374 100  
1375 Aktivitäten ist für jede\*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir  
1376 auch in den  
1377 kommenden Jahren weiterführen.

1378 Sportanlagen inklusiv und ökologisch

1379 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in  
1380 Berlin in  
1381 schlechtem Zustand. Mit dem Sportanlagenanierungsprogramm haben wir begonnen,  
1382 Sportstätten  
1383 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen

1384 wird die  
1385 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen  
1386 nach hohen  
1387 ökologischen Standards erfolgen müssen. Die Klimakrise erfordert, dass wir in  
1388 allen  
1389 Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben wir in der  
1390 Sportanlagennutzungsverordnung  
1391 auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1392 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei  
1393 werden.  
1394 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle  
1395 Berliner\*innen in die  
1396 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur  
1397 Gesellschaft der  
1398 Vielen, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Auch für eine  
1399 älter  
1400 werdende Gesellschaft ist es wichtig, barrierefreie Sportanlagen bereitzuhalten,  
1401 damit in  
1402 jedem Alter Bewegung und Sport möglich ist.

1403 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht  
1404 ist es  
1405 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten  
1406 Flächen  
1407 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von  
1408 beispielsweise Schulen  
1409 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit  
1410 geöffnet  
1411 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1412 Bäder für die Berliner\*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für  
1413 die  
1414 Gesundheit

1415 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass  
1416 immer wieder  
1417 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Deswegen muss  
1418 Schwimmunterricht Teil  
1419 des Schulsportes sein. Wir wollen die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe  
1420 ausweiten,  
1421 damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich  
1422 die Nutzung  
1423 der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob  
1424 Kooperationsverträge mit  
1425 anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios, abgeschlossen werden  
1426 können, um  
1427 die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1428 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen  
1429 Dienstleistungsunternehmen  
1430 umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger\*innen orientiert. Die  
1431 Preisstruktur

1432 soll transparent sein und allen Berliner\*innen die Nutzung der Schwimmbäder  
1433 ermöglichen. Wir  
1434 haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder  
1435 bereitgestellt, aber wie  
1436 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle  
1437 Bäder wieder in  
1438 Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und  
1439 ökologisch  
1440 sind.

1441 Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche  
1442 körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches  
1443 Geschlecht, welches  
1444 Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle  
1445 Orientierung und  
1446 sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner\*innen  
1447 muss sich auch  
1448 in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

1449 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1450 1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

1451 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen  
1452 wir

1453 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50  
1454 Prozent

1455 Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in  
1456 gemeinwohlorientierter Hand sein. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu  
1457 können, treffen

1458 wir die notwendige finanzielle Vorsorge für die landeseigenen

1459 Wohnungsunternehmen. Mit

1460 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden

1461 wir eine

1462 Kooperationsvereinbarung abschließen.

1463 2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

1464 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen

1465 angewiesen sind. Die

1466 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen

1467 Leistungen sind so

1468 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen.

1469 Solange das

1470 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in

1471 Berlin auf

1472 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für

1473 Kindergeld,

1474 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen

1475 müssen. Ein\*e

1476 Sachbearbeiter\*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen

1477 bereitstellen und

1478 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen

1479 zusammenfließen. Ein Ort, alle Leistungen.

1480 3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

1481 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein

1482 eigenständiges Leben –

1483 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade

1484 die Wohnung

1485 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen

1486 Menschen

1487 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das

1488 Landesamt

1489 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat.

1490 Diese

1491 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das

1492 LAF zu einem

1493 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

1494 4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

1495 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf

1496 angewiesen.

1497 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich

1498 anstrengende Arbeit,

1499 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass

1500 viele

1501 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen

1502 ausgestiegene

1503 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so

1504 verbessern,

1505 dass auch eine Vollzeitätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und

1506 Mitsprache

1507 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger

1508 Arbeitszeiten. Dazu

1509 zählt auch eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von

1510 den

1511 Ärzt\*innen im Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die

1512 Akademisierung der Pflegeausbildung.

1513 5. Faire Ausbildungsbedingungen für Care-Berufe schaffen

1514 In vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Wir wollen

1515 faire

1516 Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu

1517 zählt eine

1518 angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung. Wir fordern zum Beispiel, dass

1519 Ärzt\*innen

1520 im praktischen Jahr an den Lehrkrankenhäusern der Charité bezahlt werden.

1521 Zusätzlich könnten

1522 Landesstipendien für diese Engpassberufe vergeben werden.